



Peine, 24.03.2026

## Protokoll

### 19.Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Arbeit und Soziales

---

Sitzungstermin: Dienstag, 24.02.2026, 17:00 Uhr  
Raum, Ort: Konferenz- und Schulungszentrum Landkreis Peine, Werner-Nordmeyer-Straße 13, 31224 Peine  
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr  
Sitzungsende: 18:19 Uhr

---

#### Anwesenheitsliste

##### Anwesend:

##### Vorsitz

Hartmut Marotz SPD

##### Mitglieder

Maik Burgdorf SPD

Thomas Kirchmann SPD

Matthias Möhle SPD

Julius Nießen CDU

Björn Busse CDU

Christoph Plett CDU

Dr. Josef Efken Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Claudia Wilke Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

##### Grundmandat

Günther Engelhardt AfD

Karl-Heinrich Belte FW-PB

Birgit Reimers parteilos

##### Bürgervertretung

Carsten Rauls CDU

Torben Meinert Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Christoph Hauschke FW-PB

##### Sonstige Mitglieder

Ruzanna Srapyan weitere Mitglieder

Horst Kunz weitere Mitglieder

Jürgen Rump weitere Mitglieder

##### Protokollführung

Yana Bernardi Verwaltung

**Verwaltung**

Cordula Heimburg Verwaltung

Prof. Dr. Andrea Friedrich Verwaltung

Heike Bialek Verwaltung

Claudia Geyer Verwaltung

Marion Teichert Verwaltung

**Abwesend:**

**Mitglieder**

Antje Schulz SPD

entschuldigt

Jan Wouter van Leeuwen FDP

entschuldigt

**Bürgervertretung**

Eva Schlaugat SPD

entschuldigt

Oliver Ahrens AfD

unentschuldigt

**Verwaltung**

Agnieszka Opiela Verwaltung

entschuldigt

Gäste:

## Tagesordnung

### Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
3. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 11.11.2025
4. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
5. Arbeitsmarktprogramm 2026 des Jobcenters Landkreis Peine 2026/012
6. Sachstand zum neuen Gewalthilfegesetz (GewHG)-  
Informationen zum Frauenhaus 2026/011
7. Anfragen Ärztterichtlinie 2026/013
8. Informationen der Verwaltung
9. Anfragen und Anregungen

## Protokoll

### Öffentlicher Teil

---

#### 1. Eröffnung der Sitzung

##### Vorlage:

Der Vorsitzende, Kreistagsabgeordneter Marotz, eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung und begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder, die Vertreter/innen der Verwaltung sowie die Vertreterinnen und Mitarbeiterinnen des Peiner Frauenhaus e.V.

---

#### 2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

##### Vorlage:

Der Vorsitzende, KTA Marotz, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Eine Änderung der Tagesordnung wird nicht beantragt. Der Vorsitzende, KTA Marotz, stellt daher die Tagesordnung in der Fassung der Einladung fest.

---

#### 3. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 11.11.2025

##### Vorlage:

Die Niederschrift über die 18. Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Arbeit und Soziales vom 11.11.2025 wird ohne Änderungs- und/oder Ergänzungswünsche einstimmig mit 2 Enthaltungen genehmigt.

##### Beschluss:

##### Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 7    Nein-Stimmen:            Enthaltung/en: 2

---

#### 4. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

##### Vorlage:

Es wurden keine Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern gestellt.

---

#### 5. Arbeitsmarktprogramm 2026 des Jobcenters Landkreis Peine

##### Vorlage: 2026/012 ungeändert beschlossen

Die Fachdienstleiterin des Jobcenters Frau Geyer stellt die Beschlussvorlage zum Arbeitsmarktprogramm 2026 des Jobcenters Landkreis Peine vor.

Sie ergänzt, dass der Stellenanteil der Beauftragten für Chancengleichheit im Jahr 2026 von zuvor 19,5 Wochenstunden auf 5 Wochenstunden reduziert wurde und begründet diese Ent-

scheidung mit den limitierten Bundesmitteln.

Es gibt keine Wortmeldungen.

Eine Änderung der Vorlage wird nicht beantragt. Die Vorlage wird einstimmig beschlossen.

#### Beschlussempfehlung

Dem vorgelegten Arbeitsmarktprogramm 2026 des Jobcenters Landkreis Peine mit seinen geschäftspolitischen Schwerpunkten wird zugestimmt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

Ja-Stimmen: 9      Nein-Stimmen:              Enthaltung/en:

---

#### **6. Sachstand zum neuen Gewalthilfegesetz (GewHG)-Informationen zum Frauenhaus Vorlage: 2026/011 zur Kenntnis genommen**

Die Vertreterinnen des Peiner Frauenhauses e.V. sowie die Mitarbeiterinnen des Frauenhauses stellen die Informationsvorlage 2026/011 „Sachstand zum neuen Gewalthilfegesetz (GewHG) - Informationen zum Frauenhaus“ vor. Der Vorstand des Vereins wird vertreten durch Frau D. Lonnemann und J. Weigand. Frau S. Weigand und Frau J. Memler sind die Mitarbeiterinnen des Frauenhauses. Zusammen stellen sie sich, den Verein und das Beratungsangebot vor. Im Frauenhaus wurden im Berichtsjahr 2025 63 Frauen und 38 Kinder aufgenommen (42 Frauen ohne Kinder und 21 Frauen mit 1 bis 5 Kindern). Die Aufenthaltsdauer betrug bei 31 Frauen bis zu 1 Woche und bei 25 Frauen 6 Monate. 7 Frauen haben sich länger als 6 Monate aufgehalten. 125 Anfragen wurden aus unterschiedlichen Gründen abgelehnt. Ein Hauptgrund der Ablehnung war der Platzmangel im Frauenhaus Peine.

Bürgervertreter (BV) Hauschke fragt nach, was mit dem Begriff „Aushalten“ gemeint wurde. Es wird klargestellt, dass der Begriff „sich aufhalten“ verwendet wurde.

KTA Wilke bedankt sich für den Vortrag und betont die Wichtigkeit des Anliegens und die Notwendigkeit der Mindestlaufzeit für einen möglichen Mietvertrag für das neue Gebäude. Sie erkundigt sich nach dem Zeitpunkt der Fertigstellung.

Frau S. Weigand antwortet, dass dieser aktuell weder konkret thematisiert wurde, noch feststehen kann, da es erst einmal um eine grundsätzliche Klärung geht. Der Investor hat eine mögliche Fertigstellung bis Ende des Jahres in Aussicht gestellt, mit fortschreitendem Jahr kann dieser Zeitplan jedoch vermutlich nicht eingehalten werden. Aktuell werden Gespräche, u.a. mit dem Bauamt Peine geführt. Die konkrete Planung kann erst erfolgen, wenn Beschlüsse vorliegen.

KTA Reimers erkundigt sich, wieso die geforderte Barrierefreiheit durch einen Umbau nicht bereits zu den Zeiten des Bundesaufbauprogramms in die Wege geleitet wurde. Sie bringt den Einwand ein, ob die angesprochene längere Vertragsmindestlaufzeit angesichts der aktuellen Haushaltsslage sinnvoll ist, da die neue Gesetzeslage bereits die Verpflichtung begründet.

Frau Weigand antwortet, dass durch das damalige Bundesaufbauprogramm nur eine eventuelle Erweiterung möglich gewesen wäre. Wäre man diesen Weg gegangen, wären die Pro-

bleme der bestehenden Immobilie gerade mit Blick auf die neue Gesetzeslage nicht gelöst. Damals hätten nur die wenigsten antragstellenden Kommunen einen Zuschlag erhalten. In Bezug auf die Außenwohnung wäre ein Umbau technisch unmöglich.

Herr Rump fragt, wer als Mieter fungieren würde.

Frau Weigand antwortet, dass zu klären sei, wer das Mietverhältnis eingeht. Die Frage kann aktuell nicht beantwortet werden. Der Landkreis Peine wäre eine Option. Weder verfügt, noch erwirtschaftet der Verein Vermögen (mit Ausnahme des Hauses). Die Komplettfinanzierung läuft über öffentliche Gelder, ähnlich wie bei den Konstrukten aus dem Umland.

KTA Reimers fragt, mit welchen Miethöhen man aktuell rechnet.

Frau Weigand antwortet, dass man sich aktuell nur informiert und daher keine verbindlichen Zahlen vorliegen.

KTA Kirchmann trägt vor, dass die Gelder grundsätzlich vorhanden sein müssten, da das Gesetz bereits stehe. Die Situation sei positiv einzuschätzen, da man bei einem Neubau mit einem festen überschaubaren Betrag des Investors rechnen könne.

BV Rauls wundert sich, dass durch den Investor keine Zahlen genannt wurden.

Frau S. Weigand erklärt, dass man mit der ortsüblichen Miethöhe für Neubauten nach dem Mietspiegel rechnen könne.

BV Rauls schlägt vor, die ortsübliche Miethöhe für Neubauten für ein Gebäude von 800 m<sup>2</sup> als Richtwert zu nehmen.

KTA Reimers merkt an, dass die Kosten für Barrierefreiheit zusätzlich berücksichtigt werden sollen.

KTA Möhle dankt für den Vortrag und begrüßt die laufende Zuarbeit. Diese würde eine Grundlage für die Ausarbeitung durch den Landkreis bilden. Die Fraktionen können sich auf die gesetzliche Änderung und die gesetzliche Aufgabe vorbereiten.

Frau Weigand antwortet, dass die aktuelle Finanzierung aus dem kommunalen und Landeshaushalt erfolgt. Das neue Bundesgesetz löst eine Konnexität aus. Vor Veröffentlichung der Ausführungsgesetze des Landes Niedersachsen können allerdings keine klaren Aussagen hierzu getroffen werden. Der Verein steht in einem engen Austausch mit der Verwaltung.

KTA Dr. Efken fragt, ob aus der Sicht des Vereins die durch die Istanbul-Konvention festgelegte Quote, nach der sich für Peine 14 Plätze ergeben, ausreichend ist.

Frau Weigand erklärt, dass nicht jede Betroffene in ein Frauenhaus möchte und nicht immer eine Unterbringung in Peine in Frage kommt, u.a. wenn sich die Täter in Peine aufhalten. Von insgesamt 480 Fallzahlen der BISS (Beratungs- und Interventionsstelle bei häuslicher Gewalt) im Jahr 2025 erfolgten um die 400 Fälle auf Grundlage von Polizeieinsätzen, über die die BISS in Kenntnis gesetzt werden muss. Die Fallzahlen steigen konstant an, daher kann man auf diese Form von Schutz vor Gewalt nicht verzichten. Falls eine Aufnahme in Peine aus Platzgründen nicht möglich oder aus anderen Gründen nicht zielführend ist, erfolgt eine Weitervermittlung an andere Frauenhäuser über ein extra dafür von der Landesregierung eingerichtetes Ampelsystem. Insgesamt kann festgestellt werden, dass unter Betrachtung aller Maßnahmen 14 Plätzen für Peine ausreichend wären.

KTA Reimers fragt nach, ob das Angebot des Frauenhauses nur für Frauen oder auch für Männer gilt.

Frau Weigand erklärt, dass es sich bei der BISS (Beratungs- und Interventionsstelle bei häuslicher Gewalt) um ein Beratungsangebot für alle Geschlechter handelt. Dieses Angebot ist im Gegensatz zur Frauenberatung nicht proaktiv. Insgesamt 11 Männer waren 2025 der BISS über Protokolle von Polizeieinsätzen gemeldet worden. Nicht alle gemeldeten Männer haben das Beratungsangebot, das freiwillig ist, angenommen. In Peine gibt es für Männer keine Schutzplätze, aber in anliegenden Großstädten.

Da zu diesem Tagesordnungspunkt keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende, KTA Marotz, diesen Punkt.

---

## **7. Anfragen Ärztlichrichtlinie**

### **Vorlage: 2026/013 zur Kenntnis genommen**

Frau Teichert stellt die Informationsvorlage „Anfragen Ärztlichrichtlinie“ vor. Die Dezernatsleiterin Prof. Dr. Friedrich ergänzt, dass im Ausschuss regelmäßig zu Beginn eines Jahres zur Inanspruchnahme der Richtlinie berichtet werden wird.

Da zu diesem Tagesordnungspunkt keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende, KTA Marotz, diesen Punkt.

---

## **8. Informationen der Verwaltung**

### **Vorlage:**

Dezernatsleiterin Prof. Dr. Friedrich berichtet, dass am 15.04.2026 ein Interkommunales Treffen der Gesundheitsregionen in Königslutter stattfinden wird. Das Kontingent der Teilnehmenden ist wegen der landkreisübergreifenden Anlage begrenzt. U.a. werden die Gesundheitsämter und die sozialpsychiatrischen Dienste teilnehmen. Freie Plätze können gerne bei Frau Prof. Dr. Friedrich angefragt werden.

Da zu diesem Tagesordnungspunkt keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende, KTA Marotz, diesen Punkt.

---

## **9. Anfragen und Anregungen**

### **Vorlage:**

Es gibt keine Anfragen und Anregungen.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende, KTA Marotz, diesen Tagesordnungspunkt und um 18:19 Uhr die Sitzung.

---

Hartmut Marotz  
Ausschussvorsitzender

---

Yana Bernardi  
Protokollführerin

---

Prof. Dr. Andrea Friedrich  
Kreisrätin